

Er scheint täglich
nachmittags mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage.
Abonnementspreis
monatlich 50 P., 1/2jährlich 1.50 M.
vierteljährlich 1.00 M. Durch
die Post bezogen 1.65 M.
„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage), durch
die Post nicht beschubar, kostet
monatlich 10 P., 1/2jährlich 50 P.

Wochenblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Raumburg-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Telephon-Nr. 1047. Redaktion und Expedition: Geiſtſtraße 21, erster Hof parterre rechts. Telephon-Nr. 1047. Halle a. S., Dienstag den 7. März 1899. 10. Jahrg.

Nr. 56 Halle a. S., Dienstag den 7. März 1899. 10. Jahrg.

Agrarische Volksfreundlichkeit.

Das raff- und raubgierige Agrarierium treibt es in unsern Tagen noch viel ärger, als seine Vorfahren im Mittelalter, die jürrlichen Schnepfenhüte. Und während letztere Gefahr liefen, im umgebenden Mittelalter für ihre Ackererien totgeschlagen oder als Strauchdiebe an den bürren Kitz gehängt zu werden, blüht dem agrarischen Raubgierhals unserer Zeit die lockende Aussicht, ins Ministerium oder zu andern Bünden und Ehren zu gelangen.
Wie weit die ungläubliche Dreistigkeit der Agrarier geht, dafür zeugt ihre Opposition gegen den von der Regierung ausgefertigten Entwurf eines Fleischbeschau-Gesetzes. Als vor Wochen bekannt wurde, daß der Entwurf auch das vom Auslande kommende Fleisch der Untersuchung unterwerfe, da jubelten die notleidenden Champagnerwinzer froh auf, weil sie meinten, die Fleischkultur vom Auslande werde durch das Gesetz unterbunden und das agrarische Vordrängen das Volk auszubungern und ihm höchstes Vieh für seine Brettle zu verkaufen, aus neu gebildet werden. Die ansehnliche Freunde der Agrarier wadit jetzt einem tobenenden Horn Blas und warum? Weil die Regierung es genügt hat, das Volk auch vor dem Genuss solchen verdorbenen Fleisches zu schützen, das gut deutscher Blutmangel ist. Die Regierung hat den Frevel begangen, bei Abfassung des Entwurfs auch das Reichsgesundheitsamt hinzu zu ziehen, und so gefällig diese Verhinde auch immer den Agrariern gewesen ist, so traf sie doch Maßregeln, die auch den Vertrieb des verdorbenen inländischen Fleisches verhindern sollen. Das schmerzt die Agrarier. Wenn auf ihr Geheiß bin die städtischen und ländlichen Grenzen des Deutschen Reiches jahrelang hermetisch verschlossen gewesen, damit keine polnische Hirne, keine franke russische Därme und kein galizischer Dajilas ins Land der Jungfrauenküste einbringen konnte, so geizig das natürlich zu Ehren des nationalen Schweines und zum Nutzen des deutschen Volkes. Wenn aber die in neuen Gelegenheiten vorgelegene Vorbehalte es unmöglich machen soll, die löbliche Geflogenheit beizubehalten, ein extraktives Tier schnell zu schlachten und das Fleisch unter Verheimlichung der Krankheit an den Metzger zu vertreiben, dann rufen die Schutzengel des nationalen Schweines Betermordio. Die Vorbehalte eines Tieres vor der Schlachtung ist unbedingt nötig, wenn ein wirksamer Schutz eingeführt werden soll, weil gewisse Krankheitsmerkmale nur am lebenden Tiere richtig wahrgenommen werden können, während sie am toten Tiere verschwinden oder doch nur sehr undeutlich zu beobachten sind.
Sellen ist politische Heuchelei und Perfide stärker zu Tage getreten als in der Stellungnahme der Agrarier zum Fleischbeschau-Gesetz. Die Agrarier verpörrern den Volk die Viehhändler, auch wenn es sich um kerngesunden Vieh handelt, sie verlangen aber, daß sie dem Volke das Fleisch heimlicher Ochsen und Schweine, selbst wenn es durchsucht und verdorben ist, verkaufen dürfen.
Das Volk löh wenig und schlechtes Fleisch essen, und wenn es dann mager und arm wird, so werden die agrarischen Hüter der Ordnung, Sitt und Moral reich und fett.

Aus dem Reichstage.

Berlin, 6. März 1899.
Am Reichstage wurde am Sonnabend zunächst die Beratung der neuen Militärprojezt-Kommissionen vollzogen. Die Vorlage über die Errichtung eines eigenen bairischen Senats für das Reichsmilitärgericht wurde in erster und zweiter Lesung genehmigt. Nur einige bairische Zentrum-Leute stimmten dagegen. Sie sehen in dem Umstände, daß der Senat seinen Sitz in Berlin hat, eine Verletzung der bairischen Reservatrechte. Vielleicht fürchten sie auch, daß dieser bairische Senat in Berlin zum Nachteil der bairischen Soldaten verpreußt werden könnte. Viel Unterschied ist in den Ansehungen der Träger von Kellianen und dunkelblauen Uniformen nicht vorhanden. Dann wurde die Spezialberatung des Militärärztes fortgesetzt, und der sogenannte Kleinrat erledigt. Die Beamtenverhältnisse spielen dabei die Hauptrolle. Hebel brachte einige Wünsche zur Sprache, so den über das Hamburger Karl-Schulz-Theater verhängten Militärarrest, der nur deshalb erfolgt war, weil der Direktor dem sozialdemokratisch angehängten Verein Freie Volksbühne die Theaterkasse ein paar Mal überlassen hatte. Das Ordinariat des Militärärztes wurde erledigt. Heute, Montag, kommen die einmaligen Ausgaben an die Reihe.

Deutscher Reichstag.

49. Sitzung vom 4. März 1. Uhr.
Am Bundesratsliche Reichstagsler Herr Sodenlohe-Schillingshaus von Heister.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des Gesetzes über die Errichtung eines besondern Senats

für das bairische Heer bei dem Reichsmilitärgericht in Berlin.
Abg. Schäfer (Zent.) verliest folgende Erklärung: Im Namen der Mehrheit meiner bairischen Freunde aus Bayern habe ich zu erklären, daß der vorliegende Gesetzentwurf das in Bezug auf die Militärergänzung bestehende bairische Reservatrecht nicht wahren. Meine Freunde stehen auf dem Standpunkte, daß Bayern ein vollständig unabhängiges bairisches Reservatrecht zu verlangen hat. Diese Unabhängigkeit scheint uns schon dadurch nicht genügt, daß dieses bairische Reservatrecht seinen Sitz in Berlin haben soll. Wir sind daher zu unserem Bedauern nicht in der Lage, dem vorliegenden Gesetzentwurf unsere Zustimmung erteilen zu können.
Reichstagsler Herr Sodenlohe: Der Ausführender des Herrn Vorredners kann ich erwidern, daß unter den verhandelten Resierungen ein Unverständnis darüber besteht, daß eine etwaige spätere Veränderung dieses Gesetzes insofern nie notwendig werden sollte, nicht ohne eine neue Vereinbarung mit Bayern zu erfolgen. Der Gesetzentwurf und seine Begründung enthält, daß er auf eine Vereinbarung mit Bayern basieren soll.
Abg. Herr von Hertling (Zent.): Die Worte des Reichstagslers werden hinsichtlich des betrachten die Wenden zu gerufen. Die Kollege Schäfer hat geäußert, daß der Gesetzentwurf nicht aber etwas über die in die Vorlage mit hinausgehende Bedeutung. Ich begreife es mit Freuden, daß man da, wo sich in der inneren Entscheidung des Reichs Schwierigkeiten ergeben haben, den Weg der Verhandlung von Bundessticht zu Bundessticht beschreiten und so den idealen Charakter des Reiches festhalten. (Beifall.)
Herr Sodenlohe: Herr Vorredner! Die Worte des Herrn Schäfer deuten lassen mich zu der Erwägung, daß nach dem Das-fürhalten der bairischen Regierung das Reservatrecht durch den vorliegenden Gesetzentwurf geändert wird. Auf die Frage nach dem Charakter der bairischen Resierungen hat der Reichstagsler jedoch eine hübsche Erklärung abgegeben. Durch diese Erklärung wird Bayern alles gerührt, was es für sich beanspruchen kann.
Die Abg. Hoffmann (natl.) Graf Verstorff-Baumburg (Reichsp.) von Stauby (natl.) Herrmann (Zent.) (Natl.) sprechen die Zustimmung ihrer Fraktionen zu dem Gesetzentwurf aus.
Dann schließt die Debatte. In der darauf folgenden zweiten Lesung wird der Gesetzentwurf ebenfalls genehmigt.
Hierauf wird die zweite Tagesberatung beim Militärärztes fortgesetzt. Beim Kapitel „Militärärztliche“
Abg. Ringens (Zent.) daß bei der Dienststellung an den Sonntagen mehr Rücksicht auf die Seelorge Bedürfnisse der katholischen Mannschaften genommen werden möchte.
Das Kapitel wird darauf bewilligt. Beim Kapitel „Gouverneure, Kommandanten und Major“ erwidert das Wort.
Abg. Hebel (Zent.): Ich muß hier eine Vorfrage zur Sprache bringen, der sich in Altona vorgetragen hat. In Hamburg besteht seit Jahren eine sogenannte „Freie Volksbühne“, deren Mitglieder den verschiedensten Klassen der bairischen Gesellschaft angehören. Diese Verein hatte mit der Direction des Karl-Schulz-Theaters einen Vertrag abgeschlossen, durch den der Verein für seine Vorstellungen überlassen wurde. Der Kommandant in Altona verhängte daraufhin über das Karl-Schulz-Theater den Militärarrest. Infolgedessen trat der Direktor von dem Vertrag mit der Freien Volksbühne zurück. Nur in dieser Verein aber, durch den sein sozialdemokratisches Element fortgeführt wird, hat der Verein sich ein Recht auf den Namen der Freien Volksbühne erworben. Er führte fort zu sich ein Ende auf, das den Sohn des Hamburger Nationalen Bürgermeisters Münderberg zum Besitzer hat; bei diesem Anlaß trugen der Bürgermeister selbst und eine Anzahl Senatoren dem Verein bei. Der Kommandant hat aber in einem Schreiben zur Begründung seines Vorgehrens so zu erklären, daß er die Freie Volksbühne als sozialdemokratische Vereinigung ansehe, in welchen sozialdemokratische Versammlungen stattfinden, sämtliche Militärpersonen zu verbieten. Ich kann die Maßregel des Altonaer Kommandanten nur als eine Kleinliche und gefällige bezeichnen, die der großer Teil des Armeekorps unbillig ist. (Beifall.)
Herr Sodenlohe: Die Erklärung des Herrn Hebel ist der Militärverwaltung auch hinsichtlich angelegentlich.
Der Sachverhalt wird untersucht werden; gleich wird aber der Kommandant Verantwortung zum Verbot der Vorstellungen der Freien Volksbühne gehabt haben.
Abg. Hebel: Es handelt sich nicht um das Verbot des Reichs der Vorstellungen der Freien Volksbühne sondern um einen Verbot der Vorstellungen des Karl-Schulz-Theaters, weil dasselbe seine Räume an einen Sonntag-Nachmittag im Monat der Freien Volksbühne überlassen hat. Aus den Worten des Generalmajors scheint hervorzuergo, daß er sich schon vor der Untersuchung sein Urteil über das Vorgehen des Kommandanten geäußert hat.
Zum Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ liegt folgende Resolution der Abg. Graf Bischoff (Natl.) vor:
„Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichstagsler zu ersuchen, die Dienstform der Rabbinen im Militär-Regiment den für die anderen Militärkreise zu gewähren den Gehaltsverbesserungen entsprechend baldmöglichst zu erhöhen.“
Abg. Graf von Kanitz (Natl.) begründet die Resolution und bittet um Annahme des Beschlusses.
Herr Sodenlohe: Ich habe die Abg. Hebel (Zentum), Hoffmann (Natl.) (Natl.), Graf Bischoff (Natl.), Müller (Zent.) (Natl.), Werner (Natl.) und Herr v. Kardorff (Reichsp.) beteiligt, wird die Resolution gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Antikatholiken und einiger Freikonfessionellen abgelehnt.
Das Kapitel wird bewilligt, ebenso die folgenden.
Beim Kapitel „Militärverpflegung“ verlangt Abg. Gerold (Zentum), daß die Wohnstätten mehr als bisher in den Produktionsdruck fallen sollen.
Abg. Dersch (Natl.) schlägt bei seinen Ausführungen an, das Kapitel über die Errichtung eines besondern Senats für die bairischen und kaiserlichen, sowie das Kapitel „Garnisonverwaltung“.
Zum Kapitel „Artillerie und Waffenerwesen“ liegt eine Resolution des Abg. Waulh (Natl.) vor. Derselbe wünscht, daß

bes bei der Artillerie-Konstruktionsbureau Material angehalten (bairischer Ansicht auf Anstellung jedoch gewährt werde, daß 28 von den 42 Stellen in bairische Beamtenstellen mit bairischer Besetzung umgewandelt werden. Im Gehalt sollen sie mit den entsprechenden bairischen gleichgestellt werden. Für die bei den bairischen Stellen beschäftigten bairischen Beamten wird ebenfalls Aussicht auf bairische Besetzung verlangt und im Gehalt gleichstellung mit den bairischen Beamten.
Ebenfalls wünscht die Resolution, daß das Eintommen der auf Lohn in den genannten Stellen angestellten Arbeiter von 3 bzw. 4 auf 4 bzw. 5 M. erhöht werde.
Reichstagsler Herr Sodenlohe: Der Herr Vorredner hat die Resolution für Gehaltsverbesserungen wieder weiter besprochen.
Abg. Hebel (Zent.) bittet, die Resolution abzulehnen. Die Abstimmung über die Resolution wird auf die dritte Lesung verschoben.
Abg. Hebel (Zent.) verweist auf die Gefährlichkeit der jetzt im Gebrauche befindlichen Munition. Unter Herübernahme hätte man bessere erziehen sollen. Erwidert wird die Vorlage durch die Regierung verurteilt, in dessen Gehalt sie sich befindet.
Nach einer kurzen Erwiderung des Generalmajors von Döblich wird das Kapitel bewilligt, ebenso der Rest des Ordinariats.
Die Tagesberatung wird am Montag 1 Uhr vertagt. Schluß 6 1/2 Uhr.

Tagesgeschichte.

Das Abgeordnetenhaus führte am Sonnabend die Beratung des Eisenbahngesetzes zu Ende. Im Extraordinarium kamen eine Reihe lokaler Wünsche zum Vortrag, die des allgemeinen Interesses entbehren. Im Ganzen aber war die Debatte sehr umfangreich, da den Reichstagsministern von dieser Art Volksberatung immer ein weiter Spielraum eingeräumt wird. Allgemein interessieren kann nur, daß für den Hamburger Bahnhofsplan weitere 4 Millionen bewilligt und daß besondere Gültigkeit für den Vorortsteher der Anhalter Bahn und für die Strecke Berlin-Grünau angelegt werden sollen. Nach Erledigung des Eisenbahngesetzes wurde der Vortrag, den der Senat mit dem Bismarck-Ministerien Stantien u. Vorder abgeschlossen hat und der die Bismarckwerke in den Besitz des Staates für die beschriebene Summe von 9 1/2 Millionen überführt, in zweiter Lesung genehmigt. Die Stantien hatte eine Resolution vorgebracht, die den Senat aufzufordert, bestimmte Lebenskräfte zu befestigen, die besonders für die kleinen Bismarckwerke in dem bisherigen Betrieb verhängnisvoll wurden. Die Resolution wurde angenommen. Der kapitalistische Staat aber kann diese Lebenskräfte, die mit der Natur des kapitalistischen Betriebes zusammenhängen, nur in sehr geringem Maße einschränken.
Der Klub der Harmlosen hat eine Menge wenig harmloser Folgen. Im Reichstage gürtten die bodenkundlichen Herren auf der Rechten vor Angst, ihre Mitgliedschaft könnte aufgegeben werden und der Kriegsminister muß den Herren D. jünger eine erste Strafpredigt halten, in Zukunft doch etwas weniger sich an grünen Tisch zu verhalten. Eine Strafpredigt für die Herren Offiziere, besonders für die jüngeren bedeutet auch die neueste Rabinetsordre (!) Wilhelm II. Sie ist vom 23. Februar datiert und lautet wörtlich:
Aus Vorkommnissen der jüngsten Zeit habe ich wiederum erkennen müssen, wie häufig unlautere Angelegenheiten gewerblichen Geldhebers an die Offiziere Meines Heeres herangetragen. Zugewandlich leichter Sinn und Mangel an Erfahrungen in Gelegenheitsangelegenheiten lassen aus solchen gehalt gebotener Belegzeit häufig den Anfang schwerer Verdragnis, in vollständigen Mangel werden.
Ich will alle Mittel angewendet wissen, um von Meinen Offizieren Verdragnissen dieser Art fern zu halten. Meine doch nicht glückende Ordre vom 5. Juli 1888 muß jedem Offizier als Mein ernstliche Wille immer vor Augen stehen.
Ich bestimme, daß künftig jeder Offizier die an ihn gelangenden unlauteren Gelegenheitsangelegenheiten ohne Bezug seinen Vorgesetzten zu melden hat. De Generallinienmandos und die sonst zuständigen Militärbehörden verpflichte ich, nach Feststellung des strafbaren Charakters des Angebots und womöglich ebenfalls erstlicher gerichtlicher Verurteilung, solche Fälle fortlaufend dem Kriegsministerium mitzuteilen. Derselbe hat dann wegen Verschwendung der Namen derartigen Geschäftsmännern und der näheren Umstände des Falles das Erforderliche zu veranlassen.
Der Gehobentanz dieser „Rabinetsordre“ läuft darauf hinaus, daß die Offiziere erst zum Spiel durch das Angebot von Geld verleitet werden. Die landläufige Auffassung geht dahin, daß die Offiziere erst Geld leihen und leihen müssen, wenn sie welches verschafft haben. Die landläufige Meinung scheint hier Ursache und Wirkung zu verwechseln.
In die Augen springt beim Lesen dieser „Rabinetsordre“ überdes noch die starke Betonung des Befehrs, Verdragnissen von den Offizieren fernzuhalten. Die Ueberwindung der Verdragnis ist somit als die erste Mannesstunde gepriesen worden. Ueber die Beteiligung von aktiven Offizieren an dem Klub der Harmlosen bringt das Berliner Tageblatt einige interessante Einzelheiten. In der

